



Weiter Druck machen

Nach der Verabschiedung der Gesundheitsreform kann die Ärzteschaft nicht einfach zur Tagesordnung übergehen

Das am 2. Februar vom Deutschen Bundestag verabschiedete „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ ist eine Zumutung für alle, die im Gesundheitswesen tätig sind. Der Machterhalt ist den Politikern der Koalition offensichtlich wichtiger als ihre Verantwortung für eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung.

Auch wenn wir dank der Unterstützung durch die zahlreichen Demonstrationen und Proteste der Ärztinnen und Ärzte auf eine Schadensbegrenzung haben hinwirken können, hat die Reform doch eine völlig falsche Grundausrichtung.

Denn unser Gesundheitswesen wird sukzessive in ein staatlich gelenktes System mit Zuteilungsmedizin und Wartelisten umgewandelt, wenn die nun beschlossenen Mechanismen zu wirken beginnen. Die beabsichtigte so genannte Marktberingung im ambulanten und stationären Sektor gefährdet die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Patienten.

Die Koalition hat die große Chance vertan, generationengerechte und demografiefeste Finanzierungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung zu schaffen. Daran ändert auch die beschlossene Erhöhung des Bundeszuschusses nichts, dessen Finanzierung noch längst nicht gesichert ist.

Nach wie vor ist zu befürchten, dass die Zuschüsse und die staatliche Beitragsfestsetzung durch kurzfristige politische Erwägungen bestimmt werden und nicht von der Notwendigkeit, ausreichend Mittel zur Finanzierung des medizinischen Fortschritts bereitzustellen.

Geradezu grotesk ist es deshalb, wenn nun das funktionierende Modell der privaten Krankenversicherung (PKV) Schritt für Schritt der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) angeglichen wird. Der Weg einer GKVisierung der PKV soll nach dem Willen starker politischer Kräfte münden in einer gesetzlichen Einheitskasse.

In diesem Punkt besteht die Hoffnung, dass Bundesrat, Bundespräsident oder auch das Bundesverfassungsgericht die schädlichen Folgen für die medizinische Versorgung in Deutschland noch abwenden können. In dem vom Bundestag verabschiedeten Basistarif sehen namhafte Staatsrechtler Verstöße gegen die Grundrechte der Versicherten und der Versicherungen.

Massendemonstrationen der Ärztinnen und Ärzte als Ausdruck des Protestes waren notwendig und hilfreich in den vergangenen Monaten. Vor uns liegt nun die Aufgabe, ein einheitliches Programm der ärztlichen Körperschaften und Verbände für die nächste Gesundheitsreform zu erarbeiten. Denn spätestens nach der nächsten Bundestagswahl muss die Regierung einen neuen Anlauf unternehmen, die GKV-Finzen neu zu ordnen.

Das bedeutet keineswegs eine Zeit gesundheitspolitischer Stillhaltens. Wir kämpfen weiter. Es gilt, die Bürger und Patienten auch künftig umfassend über die Folgen der Reform zu informieren. Deshalb wird die Bundesärztekammer mit allen ärztlichen Organisationen die Gespräche darüber fortführen, wie wir auch nach der Verabschiedung des Gesetzes gemeinsam eine intensive Information der Bevölkerung gewährleisten und so den notwendigen Druck auf die Politik aufrechterhalten können.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*